an. Sollte er entschieden für richtig, doch konnte es nicht vorläufig auf ein vorübergehendes Winken der Regierung, an demselben wie dieses Thema behandelnde Schriftsteller, auf die Wichtigkeit des religiösen Fundamentes bei der Erziehung hinzuweisen. Solange aber nicht auf Grund dieses Fundamentes sichere Fortschritte erzielt würden, werde es stets schiedliche Ausschreitungen und Verbrechen geben. Es falle ihm schwer, sich für die Todesstrafe auszusprechen, er müsse aber die *duo necessitas* berücksichtigen. Der Minister erinnerte an den seltenen Wollgang der Todesstrafe in Österreich, wies den Bezug auf andere Länder insbesondere auf England, zurück und erklärte sich für einen Anhänger der gemäßigten Strafrechtslehre, nach welcher die Strafe abzuhängen, bessern und säubern solle. So lange er es für möglich halten müsse, daß die Todesstrafe viele Unschuldige vor einem gramlosen Tode bewahre, bewähre er deren Beibehaltung. Bezüglich der Behauptung über die Behandlung der politischen Verbrechen erklärte der Minister, er werde, wo es ungenügsamste Fälle wahrnehme, stets Milde walten. Was die Behandlung der Verbrechen betreffe, so halte sich der Staat für verpflichtet, alle in seiner Zuständigkeit befindlichen möglichst gehend zu erhalten. Wenn er auch für die Todesstrafe sei, wolle er doch nicht, daß ein Verbrecher durch den Wollgang der Strafe zu Grunde gehe. (Beifolger Beifall.) Schließlich wurde, wie bereits gemeldet, der Antrag auf Aushebung der Todesstrafe mit 148 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Der permanente Stenographen-Verein nahm gestern und heute die dritte Lesung sämtlicher Kapitel des Gesetzes betreffend die Reform der Direktion der Personalkassen vor. In dem Wahlergebnisse traten Klam, Morisey und Prade für das allgemeine direkte Wahlrecht ein, beschränkten jedoch mit Rücksicht auf die Unschuldsbarkeit desselben den Reformvorschl. Dipaulis, betreffend die Erziehung von Arbeiter- und Landwirtschafskammern. Klammer erklärte sich prinzipiell mit der Schaffung einer neuen Kurie einverstanden und sprach sich gegen die Einziehung derjenigen Kurien aus, welche weniger als 5 Guben Stenographen umfassen. Morisey erklärte die Beschlüsse der Regierung für unannehmbar, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß zum Wohle Österreichs eine Einigung werde erzielt werden.

Die Angelegenheit des Hauptmanns Dreyfus wird, wie aus Paris telegraphisch wird, am 19. d. Mts. vor dem Kriegesgericht verhandelt werden. Von unseren Pariser Korrespondenten erhalten wir dazu folgende Privatdepesche:

Hauptmann Dreyfus, der am 19. Dezember vor dem Kriegesgericht erscheint, wird noch immer in Isolirhaft gehalten und hat mit Niemandem, weder mit seiner Familie noch mit seinem Verteidiger, verkehren können. Erzogen glaubt der „Matin“ neben dem Hauptmann selbst gegen ihn bester in einem Kommando in der Bretagne, dem ein von der französischen Regierung beauftragter Geheimagent aus dem Papierkorb eines Militärs ein Brief, der die Beschlüsse der drei Richter enthält, habe. Die Sage der Anklage, welche die Beschlüsse nicht verweigert, weil man die Kenntnis des Hauptmanns nicht werden erklären können. Die Werbung des „Matin“, welche mit Vorsicht anzunehmen ist, stimmt allerdings mit der bereits bekannten Thatsache überein, daß die Hauptmanns-Verurteilung eine große Rolle im Prozeß zu spielen hat.

Wie der „Matin“ erzählt, soll der Hauptmann Dreyfus seit seiner Haft stark gealtert, sein Haupthaar und Bart leicht ergraut, seine Wangen nur noch 35 Jahre alt. Man konnte ihm bis vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis der Rue de Gherche-Midi über die Strafe nach dem Kriegesgericht sprechen. Er schien ruhig, in eleganten Zivilkleidern, besaß ein glänzendes Offiziers- und ein photographisches Objektiv, welches der Reporter eines illustrierten Blattes auf der Strafe aufgestellt hatte. Dreyfus führte reich die Hand an die Stirn, wie um seine Gefühlszüge zu verbergen, und seit jener Zeit eilt er fast im Laufschritt zu seinem Gefängnis nach dem gegenüberliegenden Hause.

„Opinion“ zufolge soll der Oberstaatsanwalt des Appellhofes zu Rom an den Großherzog von Toskana die Bitte gerichtet haben, bei der Kammer die Ermächtigung zum Vorgehen gegen Giolitti nachzusuchen, sondern soll einen Bericht überliefert haben, in welchem die Kammer gebeten wird, sich über die Frage der Ermächtigung zum Vorgehen vor den ordentlichen Gerichten über die Anklageerhebung vor dem als obersten Gerichtshof konstituirten Senat zu äußern.

Der ehemalige Unterstaatssekretär Rosano hat, wie bereits in einem Privattelegramm unseres Römischen Korrespondenten kurz gemeldet, an seine Wahl ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihnen anzeigt, daß er sein Mandat als Deputirter niedergelegt habe und zugleich lebhaften Protest gegen die Anklageerhebung erhebt, daß er Dokumente der Banca Romana entdeckt habe; dieses ist eine böswillige Lüge. Wenn man in dem Banca Romana-Prozesse, heißt es in dem Schreiben, die Organe der öffentlichen Sicherheit als Schuldige behandelt will, so wird man Giolitti und zum mindesten mich logischer Weise als deren Säugler anklagen müssen. Ich fordere diese Anklage beizubehalten ein Urteil, denn es wird bewiesen müssen, daß die Beschuldigung der Unterschlagung von Schriftstücken eine schamvolle Verleumdung ist.

Mont, 5. Dezember. (M. Z. W.) Deputirtenkammer. In seiner Antikristliche richtete der Präsident Biancheri an die Deputirten in warmen Worten die Aufforderung zur Einigkeit und Verschönerung, damit die Vaterlandsliebe der Kammer in der gemeinsamen Arbeit zum obersten Wohle des Vaterlandes in hellem, reinem Lichte erstrahle. Ebenso, fuhr der Präsident fort, wie das Gefühl der Solidarität der civilisirten Völker den feierlichsten Ausdruck in dem allgemeinen, dem Individuen an den Präsidenten Carnot und den behaglichen Kaiser von Rußland bewiesenen Begehren findet, so soll auch das Gefühl unserer nationalen Solidarität sich am würdevollsten in gemeinsamen Schmerz über das Unglück, von dem einige unserer südlichen Provinzen betroffen wurden, kundgeben. (Beifall.)

Mont, 5. Dezember. (M. Z. W.) Der Papst brief heute die Kardinalen Rampolla und Ledochowski, welche den jüngsten Konferenz der Patriarchen in der Angelegenheit der orientalischen Fragen beigewohnt hatten, zu einer Sitzung. In derselben wurden die praktischen Mittel festgesetzt, um den Beschlüssen der erwähnten Konferenz zu verwickeln, einen Reichthum, welcher durch eine apostolische Konstitution, deren Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht, sanktionirt wird. Auch nach dieser Veröffentlichung werden die genannten Kardinalen noch einmal durch den Papst einberufen, um die Beobachtung der Konstitution zu überwachen.

England und Witu.

Man schreibt uns: Vor einigen Monaten brachten wir aus Lamu (Ostafrika) Mittheilungen über das Vorgehen der großbritannischen Regierung gegen den Sultan des Sughelilandes (Witu), welche darin gipfelten, daß derselbe nach Sansibar geschickt worden war. Heute sind neue Mittheilungen aus Lamu eingetroffen, aus denen hervorgeht, daß der Sultan in das

Sugheliland zurückgebracht worden ist, und daß ihm die großbritannische Regierung eine jährliche Subsidie zahlt, damit er ihr seine Schwirmerzeiten bereite.

Ferner geht uns die überraschende Mittheilung zu, daß die britische Verwaltung des Protektorates „Witulu“ den Sultan dieses Landes, Zumo Omari, am Morgen des 28. Oktober „gänzlich“ eingezogen hat. Diese kaum glaubliche Maßregel wird von dem englischen Beamten, welcher die britische Regierung in Witu vertritt, damit begründet, daß der Sultan einige 30 Fässer mit Schießpulver und ungefähr 10,000 Zündhütchen in seinem Besitze gehabt und diese Munition „vertheilt“ habe. Des Weiteren werden dem Sultan einige Kanjüge der Somali, welche im September und Oktober d. J. von diesen in das Wituluand unternommen wurden, von den Engländern zur Last gelegt. Der britische Protektoratsverwalter behauptet, der Sultan habe die Somali zu diesen Kanjügen angestiftet, um mit ihrer Hilfe sein Land von den darin wohnenden Europäern zu jähern.

Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen! Sie dient einfach dazu, um die Unwirksamkeit der britischen Regierung in Witulande zu verdecken und ein weiteres Mittel und einen Schein vor Recht zu gewinnen, auf welches hin Gewaltmaßregeln gegen den Sultan vorgenommen werden können. Großbritannen hat sich viele Mühe gegeben, das ehemalige deutsche Schutzgebiet „Witu“ zu erlangen! Der Vertrag vom 1. Juli 1890, der noch bei vielen in unangenehmer Erinnerung sein dürfte, könnte Englands Mühen mit Erfolg; aber dieser war nicht vollkommen, weil die deutsche Reichsregierung in diesen Verträge der großbritannischen Regierung die Verpflichtung auferlegte: Großbritannen müsse die Souveränität des Sultans von Witu über das Gebiet anerkennen, welches sich von Kipini bis zu einem Grenzpunkte bei der Insel Anabaihi erstreckt.

Diese Anerkennung der Souveränität des Sultans ist der britischen Regierung höchst unangenehm; sie hielt daher seit dem Jahre 1890 bei jeder Gelegenheit die Hebel an, um diese Souveränität unter einem Scheine des Rechts zu beseitigen, da sie sich einer auffälligen Verletzung des Berliner Vertrages vom 1. Juli 1890 nicht schuldig machen möchte. In den Kanjügen der Somali, welche auch in früheren Jahren stattfanden, will die britische Regierung nun eine genügende Ursache zu einem gewaltthätigen Vorgehen gegen den Sultan gefunden haben! Dieses Vorgehen ist eine weitere Verletzung des vorgenannten Berliner Vertrages, welche die deutsche Reichsregierung im Interesse ihres Ansehens und der Erfüllung von Verträgen, die sie geschlossen hat, nicht stillschweigend hinhelmern kann! Das ganze bisherige Vorgehen Großbritannens im Witulande ist ein Hohn auf den Berliner Vertrag, den die deutsche Reichsregierung zum Schutze ihres damaligen Schutzgenossen, des Sultans des Sughelilandes, und der in seinem Lande ansässigen deutschen Staatsbürger schloß.

Von einem britischen Protektorate über das Wituland ist schon seit einigen Jahren eigentlich keine Rede mehr, denn die britische Regierung verhält sich dort nicht als Schutzmacht, wie sie es nach dem Berliner Vertrage soll, sondern als Verfechter des Sultans und hat sich in Folge dessen auch nicht gehütet, die zur Zeit des deutschen Schutzverhältnisses über das Wituland dort wohlverordneten und unantastbar verordneten Rechte deutscher Staatsbürger zu deren Schaden bei Seite zu schieben! Es ist nicht anzunehmen, daß die deutsche Reichsregierung diesem vertragsverletzenden Gebahren Großbritannens noch länger ruhig zusehen wird!

Parlamentarische Nachrichten.

Die freie wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages ist am Donnerstag zur Verhandlung über den Antrag Kautz einberufen worden.

Die von den Abgeordneten Dr. Passche und Dr. Friedberg im Reichstage eingebrachte Interpellation, betreffend das Zuckereinfuhrgesetz, hat folgenden Wortlaut: Welche Maßregeln im Bezug auf eine Abänderung des geltenden Zuckereinfuhrgesetzes denken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die Schädigungen, welche der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Zuckerindustrie durch die ausländischen Besteuerungsformen des Zuckers erwachsen, zu beseitigen?

Der Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Uebersicht für Zwecke der Verwaltungen des Reiches, im Betrage von 43,997,692 Mark gegangen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Initiativanträge beim Reichstage eingebracht: Aufhebung der dem Staatsoberhaupt von Gläubiger-Verträgen übertragenen außerordentlichen Gewalt (Viktualienparagraf). Einführung des Reichsgesetzes für die Presse in Gläubiger-Verträgen. Einführung der Gerichtsordnung in Gläubiger-Verträgen. Einführung eines Reichs-Verfallungs- und Vereinsgesetzes sowie Sicherstellung des Koalitionsrechtes unter Aufhebung aller bestehenden Vereins- und Verfallungsgesetze in den Bundesstaaten und im Reichsland.

Errichtung von Volkshochschulen in den Bundesstaaten und in Gläubiger-Verträgen auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und Abtheilung aller über 20 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts. Aufnahme einer Bestimmung in die Reichsverfassung, wonach auf Verlangen des Reichstages jede Strafverurteilung gegen ein Mitglied des Reichstages und jede Unterwerfung unter die Zivilhaft für die Dauer der Sitzungperiode aufgehoben werden muß.

Einführung eines Reichs-Verfallungs- und Vereinsgesetzes unter Aufhebung der einzelstaatlichen Gesetze über den Verfall.

Abänderung der Zuständigkeit der Obergerichte auf das Handelsgewerbe und Abänderung des Gesetzes betreffend die Obergerichte dahin, daß weibliche Personen zur Abtheilung an den Wahlen berechtigt sind und zum Mitgliede eines Obergerichts berufen werden können.

Die Fraktion ist ferner mit der Ausarbeitung eines Arbeiterentwerfes und eines Gesetzes für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit beschäftigt. Von einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Fraktion ist außerdem der vorjährige Antrag auf Aushebung des Impfweges wieder eingebracht worden.

Deutschland.

Schon vor längerer Zeit ging aus agrarischen Kreisen die Anregung hervor, daß den deutschen Legationen in denjenigen ausländischen Staaten, welche als Hauptkonkurrenzländer Deutschlands auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft gelten, versuchsweise Schutzverträge über Land- und Forstwirtschaft zugewiesen werden mögen. Der Anregung, die die B. Z. W. jetzt den preussischen Landwirtschaftsminister aufzuleben, soll Folge gegeben sein und fünf solcher Schutzverträge den Missionen in Petersburg, Wien, Paris, London und Washington vom nächsten Gläubigerjahre ab, die Zustimmung des Reichstages vorausgesetzt, beigegeben werden.

Der Termin der Disziplinarkammer in Potsdam gegen den Pfarrer Wehlan wird wahrscheinlich auf den Januar an den Austritt verlegt. Die Vorverhandlungen haben eine geraume Zeit in Anspruch genommen, da Pfarrer Wehlan nicht, wie es bei dem Auszug sein der Fall war, Reichsbanner ist. Pfarrer Wehlan ist preussischer Gerichtsbeamter und wurde nur im Reichsdienst verwendet. Als daher seine Verurteilung vor eine Disziplinarkammer in Frage kam, mußte das Auswärtige Amt mit dem preussischen Justizministerium in Unterhandlungen treten, dem der Pfarrer Wehlan unterstellt. Diese Verhandlungen sind, dem Rechenhauer der „Frage“, nach, in befriedigender Weise abgeschlossen.

Bereine und Verammlungen.

Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen hielt Mittwoch Abend unter Vorsitz des Geh. Rathes v. Guesst in der Herrenhaushaus eine Generalversammlung ab. Der seit über 50 Jahren bestehende Verein zählt zur Zeit 1079 Mitglieder. Leider ist die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 59 zurückgegangen, auch für das bevorstehende Jahr liegen schon wieder 38 Abmeldungen vor. Der Schwerpunkt der Thätigkeit des Centralvereins liegt in der Herausgabe seiner Schrift „Der Arbeiterfreund“, der unter der Leitung des Professors Dr. Bismarck in einer Auflage von 1825 erschienen ist und zwar zur Zeit schon in 32. Jahrgang. Für den „Arbeiterfreund“ wurden 7000 Mark aufgewendet. Des Weiteren leistete der Centralverein zur Fortführung der gleichfalls von Professor Bismarck redigirten Wochenschriften „Sozialkorrespondenz“ und „Volkswohl“ eine Beisteige von 2000 Mark. Durch seine Beisteige an der Centralstelle für Arbeiter- Wohlthätigkeits-Einrichtungen mit einem Jahresbeitrag von 2000 Mark glaubte der Verein nicht minder seinen thätigen Beitrag zu erfüllen. Eine einmalige Beisteige von 1000 Mark erhielt der Berliner Verein für Volkserziehung (Pestalozzi-Fröbelhaus). Mit 150 Mark endlich ist der Verein für Berliner Volksschulen unterstützt worden.

Der Centralverein hat sich sodann eingehend mit der Frage der Centralisation der gesammten Wohlthätigkeitsbestrebungen Berlins beschäftigt und die Veranlassung einer Enquete angeordnet, durch welche die Zahl der bestehenden humanitären Vereine, geordnet nach ihrer Thätigkeit auf den verschiedenen Gebieten der Arbeiter-Wohlthätigkeit und Armenpflege und sonstiger Wohlthätigkeitsbestrebungen festgestellt werden soll. Wegen Verhinderung dieser Enquete ist der Vorstand mit dem Director des statistischen Büreaus der Stadt Berlin in Verbindung getreten; nach der dem Vorstand gewordenen Mittheilung wird dort bereits an einer Uebersicht der Wohlthätigkeitsvereine gearbeitet, die die Grundlage bilden soll für die Maßnahmen, welche auf eine bessere Ausnutzung der für Wohlthätigkeitszwecke zur Verfügung stehenden Mittel hinauslaufen. Der Magistrat hat sich auch schon bereit erklärt, die städtischen Kräfte zur künftigen Veranlassung derartiger Uebersichten zur Verfügung zu stellen. Aus Anlaß des Jubiläums des Vereins ist ihm auch aus dem Namen des Kaisers ein Schreiben zugegangen, in dem die besten Wünsche für fernere geeignete Thätigkeit ausgesprochen sind. Auch Fürst Bismarck hat bei Uebersendung der Genüßlichen Jubelworte das lebhafteste Interesse ausgesprochen, welches er jeder Zeit den Werken der Feder Guesst's beizubringen hat.

Das Effektenvermögen des Vereins beläuft sich zur Zeit auf 66,000 Mark.

Die nächstjährigen öffentlichen Konferenzen der Centralstelle für Arbeiter- Wohlthätigkeits-Einrichtungen in Berlin, werden wie Staatssekretär Herzog mittheilt, nicht wie die früheren Konferenzen in Berlin, sondern in einem weltlichen Centrum der Jubelstadt, in Düsseldorf oder Elberfeld stattfinden. Als Bismarck für diese Konferenzen sind gewählt worden die Volkserziehung und die weitere Ausgestaltung der Krankenassen. Um der Zerstückelung der Wohlthätigkeits-Einrichtungen entgegenzutreten, hat die Centralstelle den Plan zu einer allgemeinen Eintheilung der Wohlthätigkeitsvereine aufgestellt. Die Mittelstellen des Vereins sind im Fall des Ausfalls bereits zugewiesen, den großen Organismus der Staatsvereine haben mit in Bewegung zu setzen, um eine solche Eintheilung zu schaffen.

Der Reichshaushaltsetat für 1895/96.

Der ordentliche Etat für den Reichsanwalt und die Reichsanwaltschaft im Betrage von 1,587,800 Mark gegen das Vorjahr fast unverändert geblieben, für ein malige Ausgaben werden 60,000 Mark mehr gefordert zur Inanspruchnahme des Dienstgebäudes in der Wilhelmstraße und der Kanzlerwohnung.

Der Etat für das Auswärtige Amt setzt sich für die fortlaufenden Ausgaben 10,556,407 Mark (+ 252,647 Mark gegen das Vorjahr) aus. Die einmaligen Ausgaben betragen 6,791,109 Mark (+ 2,094,100 gegen 1894), darunter 139,500 Mark für den Aufenthalt des Amtes in Rom, 685,410 Mark für die Anwesenheit in Teheran, 66,500 Mark zur Erweiterung des Reichsbotens in Washington und 1,630,000 Mark zur Befreiung von Verwaltungsausgaben in den südafrikanischen, den ostafrikanischen und kameruner Schutzgebieten.

Der Etat für das Reichsamt des Innern weist in den Einnahmen 3,106,244 Mark (+ 302,700 gegen 1894), darunter 3,060,700 Mark aus dem Patentamt, auf. Die fortwährenden Ausgaben bessern sich auf 28,026,295 Mark (+ 802,840 gegen 1894), darunter 15,312,500 Mark (+ 1,352,500 gegen 1894) Reichsausschuss zur Invaliditäts- und Altersversicherung, 14 Millionen gegen 1894 zur Unterfertigung der Familien einberufenen Mannschaften. Die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 8,609,800 Mark (+ 685,410 gegen 1894) und die einmalige außerordentliche Ausgabe als Legat-Rate zur Herstellung des Nordostseeanals beträgt 1,565,174 Mark. Die Gesamtaufgaben waren mit 156,000,000 Mark veranschlagt, wovon 50,000,000 Mark von Preußen übernommen waren.

Etat der Seereverwaltung.

Die Einnahmen an Porto und Telegraphengebühren sind um 8,200,000 Mark höher veranschlagt, die Gesamteinnahme um 8,841,128 Mark höher angelegt.

Mehr gefordert werden zunächst 20,000 Mark für die Stelle eines Unterstaatssekretärs, die in voriger Folge abgelehnt wurde. Außerdem wird eine Vermehrung des Beamtenpersonals verlangt, die einen Mehraufwand von 986,061 Mark erfordert.

Für Bauten werden verlangt als erste Rate: 175,000 Mark für den zweiten Abschnitt zum Erweiterungsbau des Reichspostamtsgebäudes in Berlin; 400,000 Mark (erste Rate) zur Vergrößerung des Postamtsgebäudes in Danzig; 73,200 Mark zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Berlin; 60,000 Mark für Posthäuser; 70,000 Mark für Gärten; 235,300 Mark für Mühlheim (169,165 Mark für Mannheim; 70,000 Mark für Mühlheim (Rhein); 70,000 Mark für Mühlheim (Niederrhein); 28,500 Mark für Orts; 62,000 Mark für Schwiebingen; 138,000 Mark für Wiesbaden. Erste Rate für Erwerbung von Bauplänen resp. Grundstücken: 99,287 Mark in Baun; 258,284 Mark in Hamburg; 23,500 Mark in Lissa (Polen); 310,800 Mark in Metz; 110,000 Mark in Straßburg; 125,000 Mark in Wiesel.

Post- und Telegraphenetat.

Die Einnahmen an Porto und Telegraphengebühren sind um 8,200,000 Mark höher veranschlagt, die Gesamteinnahme um 8,841,128 Mark höher angelegt.

Mehr gefordert werden zunächst 20,000 Mark für die Stelle eines Unterstaatssekretärs, die in voriger Folge abgelehnt wurde. Außerdem wird eine Vermehrung des Beamtenpersonals verlangt, die einen Mehraufwand von 986,061 Mark erfordert.

Für Bauten werden verlangt als erste Rate: 175,000 Mark für den zweiten Abschnitt zum Erweiterungsbau des Reichspostamtsgebäudes in Berlin; 400,000 Mark (erste Rate) zur Vergrößerung des Postamtsgebäudes in Danzig; 73,200 Mark zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Berlin; 60,000 Mark für Posthäuser; 70,000 Mark für Gärten; 235,300 Mark für Mühlheim (169,165 Mark für Mannheim; 70,000 Mark für Mühlheim (Rhein); 70,000 Mark für Mühlheim (Niederrhein); 28,500 Mark für Orts; 62,000 Mark für Schwiebingen; 138,000 Mark für Wiesbaden. Erste Rate für Erwerbung von Bauplänen resp. Grundstücken: 99,287 Mark in Baun; 258,284 Mark in Hamburg; 23,500 Mark in Lissa (Polen); 310,800 Mark in Metz; 110,000 Mark in Straßburg; 125,000 Mark in Wiesel.

Aus dem Etat des Reichsfinanzamts.

Uebersetzungen an die Bundesstaaten werden vorgelassen 393,700 Mark, nämlich (in runder Summe) aus den Abgaben und Zöllen 297,000 Mark, aus den Steuern 96,700 Millionen mehr als im Vorjahre. Dienen Uebersetzungen stehen bekanntlich die von den Einzelstaaten aufzubringenden Materialbeiträge gegenüber.